

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2021 **der Volksbank Vorpommern eG**

Gliederung des Lageberichts

- A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit
- B. Geschäftsverlauf und Lage (Wirtschaftsbericht)
 - 1. Rahmenbedingungen
 - 2. Finanzielle Leistungsindikatoren
 - 3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs
 - 4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der wirtschaftlichen Lage
 - a) Ertragslage
 - b) Finanzlage
 - c) Vermögenslage
 - 5. Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage
- C. Risiko- und Chancenbericht
- D. Prognosebericht

A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Als Genossenschaftsbank besteht unsere Kernaufgabe darin, die wirtschaftliche Entwicklung unserer Mitglieder und Kunden zu fördern. Die Volksbank Vorpommern eG versteht sich als mittelständisches Unternehmen aus der Region für die Region mit Fokus auf das Privatkundengeschäft und den gewerblichen Mittelstand. Darin gründet auch die enge regionale Bindung an den Landkreis Vorpommern-Greifswald. Als Ergänzung zum Kundengeschäft und zur Liquiditäts-, Ertrags- und Risikosteuerung nutzen wir Geldmarkt- und Wertpapieranlagen. Dem Verbundgedanken folgend nutzen wir strategisch die Erfahrungen und Kompetenzen der genossenschaftlichen FinanzGruppe und setzen die verfügbaren Verbundverfahren ein.

Im Rahmen unserer Geschäftstätigkeit unterhalten wir, neben unserer Hauptstelle in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, 11 weitere Geschäftsstellen sowie 19 Servicepunkte und SB-Stellen im Geschäftsgebiet, das im Wesentlichen Teile des Landkreises Vorpommern-Greifswald einschließlich der Insel Usedom sowie den Einzugsbereich der Stadt Altentreptow im angrenzenden Landkreis Mecklenburger Seenplatte umfasst.

Zur Erfüllung von § 1 EinSiG i. V. m. § 1 Absatz 3d Satz 1 KWG gehört die Bank der BVR Institutssicherung an. Das BVR-ISG Sicherungssystem ist eine Einrichtung der BVR Institutssicherung GmbH, Berlin (BVR-ISG), die als amtlich anerkanntes Einlagensicherungssystem gilt. Daneben ist unsere Bank der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR-SE) angeschlossen, die aus dem Garantiefonds und aus dem Garantieverbund besteht. Die BVR-SE ist als zusätzlicher genossenschaftlicher Schutz parallel zum BVR-ISG Sicherungssystem tätig.

B. Geschäftsverlauf und Lage (Wirtschaftsbericht)

1. Rahmenbedingungen

Konjunktur in der Bundesrepublik Deutschland

Im Jahr 2021 erholte sich die deutsche Wirtschaft weiter von dem durch die Coronapandemie ausgelösten Konjunkturunbruch des 1. Halbjahres 2020. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt expandierte im Vorjahresvergleich um deutliche 2,9 Prozent, nachdem es 2020 um massive 4,6 Prozent zurückgegangen war. Das Wirtschaftswachstum hätte allerdings noch höher ausfallen können, wenn die Konjunktur nicht weiter durch die Folgen der anhaltenden Pandemie gedämpft worden wäre.

Das Wirtschaftsgeschehen wurde 2021 einerseits durch die abermaligen Coronawellen und die im Zuge dieser Wellen zeitweise verschärften Infektionsschutzmaßnahmen merklich beeinträchtigt, besonders zu Jahresbeginn sowie zum Jahresende. Von den Schutzmaßnahmen waren vor allem die kontaktintensiven Dienstleistungsbereiche betroffen, wie die Reisebranche, die Kreativwirtschaft und das Gastgewerbe. Andererseits bremsten die im Jahresverlauf zunehmenden Rohstoffpreise und Materialknappheiten spürbar die Aktivitäten, insbesondere im produzierenden Gewerbe. Die kräftige und geographisch breit angelegte Konjunkturerholung führte nämlich zu einem ungewöhnlich starken Anstieg der globalen Nachfrage nach Rohstoffen und Vorleistungsgütern, wie Halbleitern, Plastik und Metallen, sowie zu erheblichen Logistikproblemen.

Mit den schrittweisen Lockerungen von Infektionsschutzmaßnahmen im Sommer und den durch Impfungen und Testungen erzielten Fortschritten bei der Pandemiebekämpfung setzte sich die im 2. Halbjahr 2020 begonnene Erholung der privaten Konsumausgaben fort. Begünstigt wurde das Konsumklima auch durch die Lohn- und Einkommenszuwächse vieler Privathaushalte sowie einige fiskalpolitische Maßnahmen, wie die Abschaffung des Solidaritätszuschlags für die meisten Steuerzahler und die Erhöhung des Kindergeldes. Wegen der pandemiebedingt schwierigen Lage im 1. und 4. Quartal konnte der preisbereinigte Privatkonsum auf Jahressicht aber lediglich um 0,1 Prozent zulegen. Die privaten Konsumausgaben verharrten damit im Wesentlichen auf dem niedrigen Vorjahresniveau. Im Jahr 2020 waren sie um 5,9 Prozent eingebrochen. Der Staatsverbrauch legte hingegen 2021 erneut zu, nicht zuletzt wegen verstärkter Ausgaben im Gesundheitsbereich. Die staatlichen Konsumausgaben stiegen um 3,1 Prozent und damit in ähnlicher Größenordnung wie im Vorjahr.

Vor dem Hintergrund der voranschreitenden Erholung und wegen der demografisch bedingt wieder zunehmenden Arbeitskräfteknappheit ging die Arbeitslosigkeit etwas zurück. Die Arbeitslosenzahl sank im Jahresdurchschnitt 2021 gegenüber dem Vorjahr um knapp 82 Tsd. auf rund 2,6 Mio. Menschen. Dies führte zu einem minimalen Rückgang der Arbeitslosenquote von 5,9 Prozent auf 5,7 Prozent. Die Erwerbstätigenzahl blieb hingegen, trotz einer spürbaren Belebung im Sommer, im gesamten Jahr gegenüber 2020 im Wesentlichen unverändert bei rund 44,9 Mio. Menschen.

Nach vielen Jahren mit moderater Entwicklung haben die Verbraucherpreise 2021 merklich angezogen. Die Inflationsrate, basierend auf dem amtlichen Verbraucherpreisindex, stieg nahezu stetig von 1,0 Prozent im Januar auf 5,3 Prozent im Dezember. Im Jahresdurchschnitt verteuerten sich die Preise um 3,1 Prozent und damit so kräftig wie seit 1993, im Nachgang des Wiedervereinigungsbooms, nicht mehr. 2020 hatte die Inflationsrate noch bei 0,5 Prozent gelegen. Für den rasanten Anstieg der Inflationsrate waren verschiedene Sondereffekte verantwortlich, vor allem die Basiseffekte der vorübergehenden Mehrwertsteuersenkung vom 2. Halbjahr 2020 sowie die Ölpreiserholung nach dem Einbruch vom Frühjahr 2020. Auch die bereits erwähnten Lieferengpässe sowie die Einführung der nationalen CO₂-Bepreisung für die Sektoren Verkehr und Wärme wirkten spürbar preistreibend.

Nachdem die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Baugewerbes 2020 noch um deutliche 3,8 Prozent zugelegt hatte, gab sie 2021 leicht um 0,5 Prozent nach. Grund hierfür waren unter anderem die witterungsbedingten Beeinträchtigungen zu Jahresbeginn, die stärker ausfielen als im Vorjahr. Auch fehlten einige Bauprojekte, die wegen der vorübergehenden Mehrwertsteuersenkung Ende 2020 vorgezogen worden waren. Zudem belasteten Lieferengpässe und starke Preissteigerungen bei Baumaterialien (unter anderem bei Holz, Stahl, Kunststoffen und Kupfer) die Aktivitäten. Hinzu kam, dass sich der Staat wegen der angespannten Finanzlage mit der Vergabe von Bauaufträgen zurückhielt. Dies hinterließ auch in den amtlichen Umsatzdaten der Monatsberichte für das Bauhauptgewerbe sichtbare Spuren. Diese Daten sind allerdings nicht preisbereinigt, sondern nur in jeweiligen Preisen verfügbar. Demnach sank der im öffentlichen Bau erzielte baugewerbliche Umsatz in den ersten drei Quartalen um 2,8 Prozent, während im Wohnungsbau (+2,5 Prozent) und im Wirtschaftsbau (+0,8 Prozent) Anstiege zu verzeichnen waren. Alles in allem legte der baugewerbliche Umsatz im Bauhauptgewerbe um 0,5 Prozent zu und damit erheblich schwächer als im Ausbaugewerbe (+10,5 Prozent). Die Erwerbstätigenzahl stieg im gesamten Baugewerbe abermals an, um 1,1 Prozent auf gut 2,6 Mio. Menschen.

Die Handwerkskonjunktur nahm 2021 an Fahrt auf. Darauf lassen zumindest die Umsatzdaten der amtlichen Handwerksberichterstattung schließen, die allerdings ebenfalls nur in jeweiligen Preisen vorliegen. Die Handwerksbetriebe generierten in den ersten drei Quartalen einen Umsatzanstieg um 2,9 Prozent. Im gesamten Jahr 2020 hatte der Umsatz lediglich um 1,3 Prozent zugenommen. Besonders deutlich fiel das Plus im Gesundheitsgewerbe (+9,1 Prozent) aus, befördert durch Nachholeffekte bei Praxis- und Ladenbesuchen nach dem eher schwachen Vorjahr. Auch bei den Handwerken für den gewerblichen Bedarf (+7,1 Prozent), bei den Ausbaugewerken (+4,1 Prozent) und bei den Kraftfahrzeuggewerken (+3,5 Prozent) expandierte der Umsatz kräftig, angeregt nicht zuletzt durch die sich erholende Industriekonjunktur und die anhaltend hohe Nachfrage nach Ausbauleistungen. Bei den Handwerken für den privaten Bedarf (-3,2 Prozent), bei den Baugewerken (-2,6 Prozent) und bei den Lebensmittelgewerken (-1,6 Prozent) sanken die Umsätze allerdings, entgegen der allgemeinen Entwicklung.

Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Dienstleistungssektors entwickelte sich 2021 im Gleichschritt mit der Bruttowertschöpfung aller Sektoren. Sie legte um 2,9 Prozent zu, nachdem sie im Vorjahr um 4,0 Prozent eingebrochen war. Gestützt durch die an Fahrt aufnehmende Industriekonjunktur und die anhaltende Digitalisierung in weiten Lebens- und Wirtschaftsbereichen fiel das Wachstum bei den Unternehmensdienstleistern (+5,6 Prozent) und im Bereich der Information und Kommunikation (+3,4 Prozent) besonders kräftig aus. Auch in den Bereichen Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit (+3,2 Prozent) sowie Handel, Verkehr, Gastgewerbe (+3,0 Prozent) konnten merkliche Zuwachsraten erwirtschaftet werden im Zuge der allgemeinen Konjunkturbelebung und der Lockerung von virusbedingten Beschränkungen. In den Bereichen Grundstücks- und Wohnungswesen (+0,9 Prozent), sonstige Dienstleister (ebenfalls +0,9 Prozent) sowie Finanz- und Versicherungsdienstleister (-0,3 Prozent) entwickelten sich die Wertschöpfung hingegen verhaltener. Die Erwerbstätigenzahl stieg im gesamten Dienstleistungssektor leicht um 0,3 Prozent auf knapp 33,7 Mio. Sie lag damit aber noch immer unter dem vor 2019, vor dem Krisenausbruch, erreichten Niveau von rund 33,8 Mio. Erwerbstätigen.

In der Landwirtschaft gewinnen die Themen Tierwohl, Klimaneutralität, Ressourcenschutz und Biodiversität immer mehr an Bedeutung. Allerdings fehlen für die notwendigen Investitionen in diesen Bereichen oftmals klare Zukunftsaussichten. Erschwerend kommt hinzu, dass sich die ökonomische Situation der Landwirte im Wirtschaftsjahr 2020/2021 verschlechterte. Dämpfend auf die Ertragslage wirkten unter anderem die allgemein deutlich gestiegenen Aufwendungen für Düngemittel, zugekaufte Futtermittel und Energie. Nach Angaben des Deutschen Bauernverbandes sank das Unternehmensergebnis im Durchschnitt der Haupterwerbsbetriebe gegenüber dem Vorjahr um 15 Prozent auf 52.100 Euro. Hauptgrund hierfür war ein Einbruch am Schweinemarkt. Die Rind- und Milchviehhalter konnten ihre Ergebnisse hingegen etwas verbessern. Die Ackerbaubetriebe waren ebenso wie die Sonderkulturbetriebe in der Lage ihr Vorjahresergebnis im Wesentlichen zu halten, auch weil Erntehelfer trotz zeitweiser pandemiebedingter Reisebeschränkungen verfügbar waren. Für den gesamten Agrarsektor, zu dem neben der Landwirtschaft die Forstwirtschaft und die Fischerei zählt, fiel die Jahresbilanz 2021 ebenfalls schwach aus. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Wirtschaftsbereichs sank um 1,6 Prozent, nachdem sie im Vorjahr um 1,7 Prozent gestiegen war. Die Zahl der Erwerbstätigen ist erneut zurückgegangen, gegenüber 2020 um 3,1 Prozent auf 562.000 Menschen.

Finanzmärkte

Der Verlauf der Coronapandemie prägte im Jahr 2021 nicht nur das wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenleben, sondern auch die Entwicklung der Finanzmärkte. Zum Jahresbeginn belasteten die gesellschaftlichen Einschränkungen zur Bekämpfung der Pandemie die Wirtschaft erheblich (ebenso wie zum Jahresende). Die wirtschaftlichen Perspektiven erschienen jedoch aufgrund der Entwicklung und Zulassung mehrerer Impfstoffe gegen das Coronavirus positiv. Im Frühjahr kam es dann zu der erwarteten dynamischen Belebung der Konjunktur. Das Wirtschaftswachstum fiel aber bei Weitem nicht so hoch aus wie zuvor erwartet. Die Konjunktur wurde durch gravierende Materialengpässe gedämpft, die zahlreiche Industriezweige betrafen. Gleichzeitig stieg die Inflation ab Mitte des Jahres deutlich an. Neben den Materialengpässen waren hierfür auch steigende Energiepreise und mehrere temporäre Sonderfaktoren verantwortlich. In der zweiten Jahreshälfte rückte dann die Debatte über die Gefahr einer Verfestigung der Inflation in den Fokus. Mehrere Notenbanken strafften ihren geldpolitischen Kurs. Die Fed kündigte im Dezember einen schnelleren Ausstieg aus ihren Anleihekäufen an als zuvor geplant. Die Bank of England erhöhte als erste der großen Notenbanken ihren Leitzins. Demgegenüber gab die EZB noch kein klares Bekenntnis zu einem Ausstieg aus ihrer Minuszinspolitik.

Das Aktienjahr 2021 war zweigeteilt. In der ersten Jahreshälfte konnte der DAX substanzielle Zuwächse erzielen. Eine Triebfeder waren die Erfolge von Pharmakonzernen, die wirksame Coronaimpfstoffe herstellen konnten. Damit verbunden war die Erwartung einer schnellen Erholung der Wirtschaft und einer Normalisierung des gesellschaftlichen Lebens. Wichtige Impulse gingen auch von dem gigantischen Fiskalpaket des im Januar 2021 inaugurierten US-Präsidenten Joe Biden aus. Der DAX überwand Ende März erstmals die Marke von 15.000 Punkten und lag am Ende der ersten Jahreshälfte bei 15.531,04 Punkten, dies entspricht einem Plus zum Jahresbeginn um 13,2 Prozent. Nicht an dem Boom teilhaben konnten Unternehmen aus dem Freizeit- und Reisebereich. In der zweiten Jahreshälfte blieb die Aufwärtstendenz zwar erhalten, die Dynamik flachte jedoch deutlich ab. Die Impfkampagnen verloren nach anfänglichen Erfolgen merklich an Fahrt. Damit erfüllten sich die Hoffnungen auf eine Herdenimmunität nicht. Auch bremsen die ausgeprägten Materialknappheiten aufgrund von Störungen der internationalen Lieferketten und der außergewöhnlich hohen globalen Nachfrage die Wirtschaft deutlich stärker als noch im Frühjahr erwartet. Die Inflation erwies sich infolgedessen als langwieriger als erwartet. Dies belebte die Debatte um einen geldpolitischen Kurswechsel, die dann zum Jahresende hin zu einer festeren Geldpolitik in mehreren großen Volkswirtschaften führte. Trotz dieser belastenden Entwicklungen erzielte der DAX im November mit 16.251 Punkten noch einen historischen Höchststand. Bis zum Jahresende gab er dann wieder etwas nach. Negativ auf die Aktienkurse wirkte zum Ende des Jahres vor allem die neue Coronavariante Omikron, die zwar schon früh mit weniger schweren Krankheitsverläufen verbunden wurde, sich gleichzeitig aber als deutlich ansteckender herausstellte. Daher wurde mit Omikron die Sorge breiter Produktionsausfälle verbunden, ähnlich wie bei einem wirtschaftlichen Lockdown. Zum Jahresende schloss der DAX mit 15.884,86 Punkten, damit lag er 2,3 Prozent höher als zur Jahresmitte. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem Zuwachs um 15,8 Prozent. Im gleichen Zeitraum legte der Dow Jones um 18,7 Prozent auf 36.338,30 Punkte zu.

Genossenschaftsbanken im Jahr 2021

Mit dem wirtschaftlichen Erholungskurs in 2021 konnten die 772 Volksbanken und Raiffeisenbanken, PSD Banken, Sparda-Banken sowie die sonstigen Genossenschaftsbanken im zurückliegenden Geschäftsjahr kräftig in allen Bereichen zulegen. Kredit- und Einlagenbestände haben auch 2021 stark zugenommen und setzen den Wachstumstrend der Genossenschaftsbanken der vergangenen Jahre fort. Die Kreditnachfrage im Langfristbereich bleibt wegen des dynamischen Wachstums im Wohnimmobilienmarkt ungebremst: So stiegen die bilanziellen Kundenforderungen der Genossenschaftsbanken im Vorjahresvergleich um 46 Milliarden Euro auf 710 Milliarden Euro (+6,9 Prozent). Auch die Kundeneinlagen legten deutlich um 43 Milliarden Euro auf 833 Milliarden Euro (+5,4 Prozent) zu.

Der Konsolidierungsprozess unter den Instituten setzte sich gegenüber den Vorjahren in einem leicht erhöhten Umfang fort. Die Zahl der selbständigen Genossenschaftsbanken lag per Ende 2021 bei 772 Banken. Sie sank fusionsbedingt um 42 Institute bzw. um -5,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Nach vielen Jahren deutlicher Mitgliederzuwächse seit der Finanzmarktkrise konnten die Genossenschaftsbanken in den vergangenen Jahren netto keinen weiteren Mitgliederzuwachs verzeichnen. Aktuell beträgt die Zahl der Mitglieder 18,2 Millionen (Vorjahr 18,4 Millionen, Rückgang von -243.000, -1,3 Prozent). Um die Eigenkapitalbasis weiter zu stärken, haben die Institute teilweise begonnen, die Beteiligungsmöglichkeit der Mitglieder durch Zeichnung zusätzlicher Geschäftsanteile zu stärken.

Regionale Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern

Die Pandemie stellt die Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern weiter vor große Herausforderungen. Für die Wirtschaft war das Jahr 2021 vor allem auch ein kräftezehrendes Jahr. Mit Unterstützung von Bund und Land ist es aber dennoch gelungen, die Wirtschaft im Land insgesamt zu stabilisieren.

Der Aufholprozess beim Bruttoinlandsprodukt in Mecklenburg-Vorpommern hat zu Beginn des Frühjahrs 2021 eingesetzt und sich bis in den Oktober fortgesetzt. Angesichts des nationalen und globalen Pandemiegeschehens hat sich jedoch der Prozess zum Jahresende hin wieder verlangsamt. Das im Herbst 2021 wieder stark angestiegene Infektionsgeschehen machte erneut Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie in Teilbereichen der Wirtschaft erforderlich. Stark betroffene Branchen waren erneut der Dienstleistungsbereich, der Veranstaltungsbereich, die Gastronomie und der Tourismus. Aufgrund der ökonomischen Folgen der Corona-Pandemie kam es im Jahr 2021 zu einer langsameren wirtschaftlichen Erholung als erwartet. So stieg das Bruttoinlandsprodukt in Mecklenburg-Vorpommern im 1. Halbjahr 2021 preisbereinigt um 1,3 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum.

Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern schätzt das Wirtschaftswachstum des kommenden Jahres eher vorsichtig optimistisch ein. Die bisherige erwartete kräftige Erholung der gesamtwirtschaftlichen Lage könnte durch die vierte Corona-Welle, eine mögliche 5. Welle und durch das nur langsame Auflösen der weltweiten Lieferengpässe beeinflusst werden. Trotz der Unsicherheiten durch die Ausbreitung der Coronavirus-Variante Omikron geht die Landesregierung noch von einem stärkeren Anstieg des Bruttoinlandsproduktes von über 3 Prozent aus.

Die weltweiten Auswirkungen der Corona-Pandemie sind auch im kommenden Jahr weiter bemerkbar. Gestörte Lieferketten, Verzögerungen bei Zulieferungen insbesondere von elektronischen Bauteilen, Rohstoffknappheit, gestiegene Beschaffungskosten sowie erschwerte Absatzmöglichkeiten machen den Unternehmen weiter zu schaffen. Um die Wirtschaft gemeinsam weiter zu beleben, werden Bund und Land auch künftig weiter durch die Fortführung des Kurzarbeitergeldes, die Neuaufgabe der Neustartprämie und die Vorfinanzierung der Überbrückungshilfe IV durch das Land unterstützen. Oberstes Ziel ist es, Arbeitsplätze im Land zu halten und neue Jobs zu schaffen.

2. Finanzielle Leistungsindikatoren

Mit Hilfe unserer strategischen Eckwert- und Kapitalplanung steuern wir die Entwicklung unseres Instituts auf Grundlage von Kennzahlen und Limiten. Dabei verwenden wir die folgenden bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren, die sich auch aus unserer Geschäfts- und Risikostrategie ableiten lassen und die wir mithilfe unseres internen Berichtswesens regelmäßig überwachen.

Als bedeutsamster Leistungsindikator für die Rentabilität der Bank wird die Relation des Betriebsergebnisses vor Bewertung zur durchschnittlichen Bilanzsumme (nachfolgend: "BE vor Bewertung/dBS") festgelegt. Die Kennzahl BE vor Bewertung/dBS misst die Ertragskraft der Bank.

Als Leistungsindikator für die Wirtschaftlichkeit/Effizienz oder Produktivität unseres Instituts wurde die Cost Income Ratio (nachfolgend: "CIR") bestimmt. Sie stellt das Verhältnis der Summe der ordentlichen Betriebsaufwendungen zur Summe der ordentlichen Erträge dar.

Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Bank durch nachhaltiges Wachstum werden im Kontext steigender Kapitalanforderungen angemessene Eigenmittel benötigt. Als bedeutsamster Leistungsindikator für die Kapitalausstattung dient die aufsichtsrechtlich festgelegte Gesamtkapitalquote nach Artikel 92 Absatz 2 CRR. Sie stellt das Verhältnis der Summe der Eigenmittel zur Summe des Gesamtrisikobetrages dar.

Die Darstellung, Analyse und Beurteilung der einzelnen finanziellen Leistungsindikatoren erfolgt in den nächsten Abschnitten.

3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs

Die maßgeblichen Ergebniseinflussgrößen des bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikators BE vor Bewertung/dBS sind der Zins- und Provisionsüberschuss sowie die Verwaltungsaufwendungen. Die Steuerung dieser Einflussgrößen basiert auf unserer Planung. Regelmäßig wird die mehrjährige Planung zum Ende des Geschäftsjahres für den nächsten 5-Jahreszeitraum überprüft und gegebenenfalls neueren Erkenntnissen und Erwartungen angepasst. Unterjährige Plananpassungen werden nur durchgeführt, wenn außergewöhnliche Ereignisse sowie erkennbare Abweichungen von einigem Gewicht ein Festhalten an der bisherigen Planung als Steuerungsgrundlage nicht mehr als zielführend erachtet werden kann. Im Geschäftsjahr 2021 trat solch ein außergewöhnliches Ereignis nicht ein.

Die Entwicklung der von uns definierten bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren im Geschäftsjahr 2021 liegt im Rahmen unserer Erwartungen, sie stellen sich wie folgt dar:

Im Ergebnis erreichten wir gegenüber der Planung beim Zinsüberschuss einen um 0,6 Mio. EUR höheren und beim Provisionsüberschuss einen um 0,1 Mio. EUR geringeren Überschuss. Das BE vor Bewertung hat sich gegenüber der Planung um 1,2 Mio. EUR verbessert und liegt mit 7,7 Mio. EUR auf Vorjahresniveau. Das gegenüber der Planung verbesserte Zinsergebnis und die Reduzierung bei den Aufwendungen haben das BE vor Bewertung deutlich beeinflusst. Die Personalaufwendungen sind um 0,6 Mio. EUR gegenüber der Planung geringer und die sonstigen Aufwendungen sind mit 0,2 Mio. EUR leicht höher. Die Abschreibungen bewegten sich auf Planniveau.

Gegenüber der Planung fiel auch das Bewertungsergebnis positiver aus. In der Planung sind wir im Kundenkreditgeschäft von einem Bewertungsaufwand in Höhe von 0,8 Mio. EUR ausgegangen. Zum Jahresende hat sich der angenommene Planungsansatz nicht bestätigt und es ergab sich nur ein Bewertungsaufwand in Höhe von 0,2 Mio. EUR. Dieses Ergebnis wurde auch durch die Auflösung von Einzelwertberichtigungen im Kundenkreditgeschäft in Höhe von 0,2 Mio. Euro positiv beeinflusst. Auch das Bewertungsergebnis bei den Wertpapieranlagen hat sich insgesamt positiver entwickelt. Sind wir bei der Planaufstellung noch von einem Bewertungsaufwand in Höhe von 0,1 Mio. EUR ausgegangen, so konnten wir zum Jahresende ein positives Bewertungsergebnis in Höhe von 0,6 Mio. EUR bei den Wertpapieren verzeichnen. Für die im Jahr 2022 verpflichtend einzustellenden Pauschalwertberichtigungen nach IDW RS BFA 7 wurden bereits 2020 0,5 Mio. EUR für die Bildung einer Vorsorgereserve aufgewandt. In einer erneuten Hochrechnung wurde die Risikolage bewertet und es haben sich keine wesentlichen Änderungen ergeben. Somit ist eine vollständige Abdeckung der latenten Risiken durch diese Vorsorge erreicht.

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit liegt um 0,9 Mio. EUR über dem Vorjahr und wird mit 8,0 Mio. Euro als zufriedenstellend bewertet.

Die CIR lag im Geschäftsjahr 2021 bei 66,5 Prozent (Vorjahr: 67,1 Prozent) und somit deutlich unter dem Planwert in Höhe von 70,1 Prozent.

Auch die Liquidität der Bank war jederzeit gegeben. Die LCR wies im Berichtszeitraum täglich einen Wert von mindestens 100,0 Prozent aus und liegt am Jahresultimo bei 219,5 Prozent. Die NSFR (Net Stable Funding Ratio) wurde als zu meldende aufsichtsrechtliche Kennziffer zum 30.06.2021 eingeführt. Die Mindestquote beträgt hier 100,0 Prozent. Dieser Wert wurde von uns eingehalten und liegt am Jahresultimo bei 120,4 Prozent.

Die Vermögenslage unserer Bank konnte im Geschäftsjahr 2021 absolut verbessert werden. In Relation zur Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr eine leicht gestiegene Eigenmittelausstattung zu verzeichnen, da die Dotierung der Eigenmittel auf Basis des Ergebnisses der normalen Geschäftstätigkeit höher ausfiel als das relative Bilanzwachstum.

Die aufsichtsrechtlich geforderte Gesamtkapitalquote unserer Bank beläuft sich zum 31. Dezember 2021 auf 16,1 Prozent (Vorjahr 16,1 Prozent). Bei einer zum Jahresultimo 2021 einzuhaltenden Untergrenze von 10,5 Prozent bzw. einer gesamt regulatorischen Kapitalanforderung inklusive Eigenmittelzielkennziffer von 12,7 Prozent besteht ausreichend Spielraum für aktives Kundengeschäft.

Das Geschäftsjahr 2021 stand insgesamt immer noch unter dem Einfluss der Corona-Pandemie. Im zweiten Lockdown erfuhren wir erneut einen starken Nachfragerückgang, der wieder in vorübergehenden Schließungen ausgewählter Geschäftsstellen und einer Veränderung der Öffnungszeiten mündete. Insgesamt verlief die Kreditnachfrage im gesamten Geschäftsjahr stetig auf hohem Niveau. Trotz der überplanmäßigen Steigerung bei den Kundenkreditforderungen gegenüber dem Vorjahr, konnten wir keinen nennenswerten Anstieg der Risiken im regionalen Kreditgeschäft verzeichnen. Zusätzlich zum starken Anstieg der Kundeneinlagen waren auch die alternativen Anlagemöglichkeiten in Wertpapieren und Produkten der genossenschaftlichen FinanzGruppe gefragt und profitierten zusätzlich von der Erholung der Märkte nach den pandemiebedingten Einschnitten.

	Berichtsjahr	2020	Veränderung zu 2020	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Bilanzsumme	880.231	857.860	22.370	2,6
Außerbilanzielle Geschäfte *)	74.919	85.075	-10.156	-11,9

*) Hierunter fallen die Posten unter dem Bilanzstrich 1 (Eventualverbindlichkeiten), 2 (Andere Verpflichtungen) und Derivatgeschäfte.

Die Bilanzsumme erhöhte sich um 22,4 Mio. EUR. Begründet wurde dieser Anstieg durch den Zuwachs von Kundeneinlagen (37,0 Mio. EUR) und der Reduzierung von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten durch fällige und vorzeitige Rückzahlung unserer Globaldarlehen (21,5 Mio. EUR). Die sich per Saldo ergebenden Mittelzuflüsse wurden in der Mittelverwendung überwiegend in Forderungen gegenüber Kunden (+18,0 Mio. EUR) und Eigenanlagen in Wertpapiere (+1,4 Mio. EUR) investiert

Bei den außerbilanziellen Geschäften handelt es sich um Bankgeschäfte wie Avalkredite und unwiderrufliche Kreditzusagen und ein Zinsbegrenzungsgeschäft mit Höchstsatz-Vereinbarung. Die Reduzierung um 10,2 Mio. EUR auf 74,9 Mio. EUR resultiert überwiegend aus der Fälligkeit des getrennt bilanzierten Credit Default Swap (3,0 Mio. EUR), der als gestellte Kreditsicherheit behandelt wurde, und Kapitalabrufen offener Zeichnungszusagen gegenüber 4 Kapitalverwaltungsgesellschaften, die von der Kapitalverwaltungsgesellschaft Union Investment Institutional GmbH im Spezialfonds "VR-Dachfonds Nr. 1" verwaltet werden (2,9 Mio. EUR).

Aktivgeschäft	Berichtsjahr	2020	Veränderung zu 2020	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Kundenforderungen	290.998	273.019	17.980	6,6
Wertpapieranlagen	445.053	443.615	1.437	0,3
Forderungen an Kreditinstitute	48.102	47.646	457	1,0

Die bilanziellen Kundenforderungen erhöhten sich zum Jahresultimo um 6,6 Prozent bzw. 18,0 Mio. EUR. Ihr Anteil an der Bilanzsumme beträgt 33,1 Prozent. Insbesondere bei den Firmenkunden stieg das Kreditvolumen an (12,9 Mio. EUR). Die Kundenforderungen sind nach Branchen und Größenklassen bereit gefächert. Die größten Branchenanteile am gesamten Kreditvolumen haben die Land- und Forstwirtschaft, die Grundstücks- und Wohnungswirtschaft sowie das Gastgewerbe.

Der Bestand an Wertpapieren erhöhte sich insgesamt um 1,4 Mio. EUR, wobei sich der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren um 14,7 Mio. EUR auf 128,2 Mio. EUR verringerte. Dieser Saldo setzt sich aus Wertpapieranlagen des Anlagevermögens mit 7,2 Mio. EUR und Wertpapieranlagen der Liquiditätsreserve mit 121,0 Mio. EUR zusammen. Der Bestand an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren erhöhte sich insgesamt um 16,1 Mio. EUR auf 316,9 Mio. EUR. Bei den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren des Anlagevermögens stieg der Bestand auf 310,9 Mio. EUR, während sich die Wertpapieranlagen der Liquiditätsreserve auf 6,0 Mio. EUR verringerten. Weiterhin bestehen noch offene Zeichnungszusagen gegenüber verschiedenen Kapitalverwaltungsgesellschaften zum Ende des Geschäftsjahres in Höhe von 23,4 Mio. EUR.

Passivgeschäft	Berichtsjahr	2020	Veränderung zu 2020	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	43.578	65.723	-22.145	-33,7
Spareinlagen	237.483	229.182	8.301	3,6
andere Einlagen	495.516	466.767	28.748	6,2

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten sich im Berichtsjahr um 22,1 Mio. EUR auf 43,6 Mio. EUR, was insbesondere auf fällige und vorfällige Rückzahlungen der gesamten Globaldarlehen (21,5 Mio. EUR) zurückzuführen ist. In dieser Position sind somit nur noch diverse zweckgebundene Einzelrefinanzierungen der Landwirtschaftlichen Rentenbank in Höhe von 15,3 Mio. EUR und der DZ BANK AG in Höhe von 28,3 Mio. EUR erfasst.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich im Berichtsjahr deutlich überplanmäßig. Die Spareinlagen stiegen um 8,3 Mio. EUR auf 237,5 Mio. EUR an. Bei den anderen Einlagen weiteten sich die täglich fälligen Einlagen um 25,8 Mio. EUR auf 434,5 Mio. EUR und die Einlagen mit vereinbarten Laufzeiten um 3,0 Mio. EUR auf 61,0 Mio. EUR aus.

Dienstleistungsgeschäft	Berichtsjahr	2020	Veränderung zu 2020	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	26	38	-12	-30,8
Vermittlungserträge	3.676	3.242	435	13,4
Erträge aus Zahlungsverkehr	4.280	4.146	134	3,2

Die Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften verringerte sich zum Vorjahr um 12,0 TEUR durch die Verringerung der Provisionserträge aus dem Wertpapiergeschäft für Kunden. Ursache für die Verringerung ist überwiegend die Auslagerung von Kundendepots zur Union Investment-Gruppe. Demgegenüber konnten die Provisionserträge aus Vermittlungstätigkeit gesteigert werden. Dabei wirkten sich insbesondere die gestiegenen Provisionszahlungen der Union Investment Privatfonds GmbH (+ 472,8 TEUR) und ein leichter Anstieg der Kreditvermittlungsprovisionen (+ 7,7 TEUR) aus. Die Erträge aus dem Zahlungsverkehr sind insgesamt gestiegen. Insbesondere die Erträge aus Kontoführungs- und Buchungspostenentgelten (+161,6 TEUR) und die Einnahmen für Bareinzahlungen (+6,9 TEUR) wirkten sich positiv aus. Dem gegenüber stehen geringere Einnahmen vorwiegend aus Verfügungsentgelten bei den Geldausgabeautomaten (-28,2 TEUR) und den Transaktionsentgelten für Kreditkarten (-17,9 TEUR). In diesen Positionen machen sich die coronabedingten Einschränkungen im Tourismus bemerkbar.

4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der wirtschaftlichen Lage

a) Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Genossenschaft haben sich im Vorjahresvergleich wie folgt entwickelt:

Erfolgskomponenten	Berichtsjahr	2020	Veränderung zu 2020	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Zinsüberschuss ¹⁾	14.118	14.615	-497	-3,4
Provisionsüberschuss ²⁾	7.419	7.001	418	6,0
Verwaltungsaufwendungen	13.606	13.922	-316	-2,3
a) Personalaufwendungen	8.193	8.251	-58	-0,7
b) andere Verwaltungs- aufwendungen	5.414	5.671	-257	-4,5
Betriebsergebnis vor Bewertung ³⁾	7.671	7.559	112	1,5
Bewertungsergebnis ⁴⁾	337	-454	791	-174,4
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	8.008	7.106	903	12,7
Steueraufwand	1.910	1.938	-28	-1,4
Einstellungen in den Fonds für allgemeine Bankrisiken	5.600	4.650	950	20,4
Jahresüberschuss	498	518	-19	-3,7

1) GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2 zuzüglich GuV-Posten 3

2) GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6

3) Saldo aus den GuV-Posten 1 bis 12

4) Saldo aus den GuV-Posten 13 bis 16

Der Zinsüberschuss der Bank wird maßgeblich von den Erträgen aus Kundengeschäften (8,0 Mio. EUR) sowie aus Eigenanlagen einschließlich der Zinserträge von Kreditinstituten (7,2 Mio. EUR) geprägt. Bei den Erträgen aus Kundengeschäften verzeichneten wir einen Rückgang um 392,7 TEUR und bei den Erträgen aus Eigenanlagen einen Zuwachs um 205,9 TEUR. Die Zinsertragseinbußen sind maßgeblich durch deutlich geringere Wiederanlagekonditionen für fällige Eigenanlagen und Kredite mit Festzinsauslauf beeinflusst. Ebenso nahmen einige Fonds eine geringere bzw. keine Ausschüttung in 2021 vor. Die Zinsaufwendungen für Kreditinstitute und Kunden sind um 34,7 Prozent auf 1.112,1 TEUR gestiegen, was hauptsächlich an der Vorfälligkeitsentschädigung (689,3 TEUR) für ein Globaldarlehen liegt, welches wir in 2021 vorzeitig zurückgezahlt haben. Insgesamt verringerte sich so der Zinsüberschuss im Berichtsjahr um 3,4 Prozent auf 14,1 Mio. EUR.

Der Provisionsüberschuss hat eine Steigerung um 0,4 Mio. EUR erfahren. Im Wesentlichen standen einer Zunahme der Erträge aus Kontoführungsentgelten (+161,6 TEUR), der Provision aus dem Vermittlungsgeschäft für Wertpapiere (+ 472,8 TEUR) und der sonstigen Provisionen (+ 53,8 TEUR) höhere Provisionsaufwendungen für Kreditvermittlungen (+44,1 TEUR) und Provisionsaufwendungen für den Zahlungsverkehr (+117,6 TEUR), bedingt durch eine neue Ausstattung der Debitkarten, gegenüber. Die Verwaltungsaufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 0,3 Mio. EUR geringfügig verringert. Diese Reduzierung unterteilt sich in gesunkenen Personalaufwendungen (-58,4 TEUR) und in verminderten anderen Verwaltungsaufwendungen (-257,3 TEUR). Insgesamt erhöhte sich so das Betriebsergebnis vor Bewertung gegenüber dem Vorjahr um 0,1 Mio. EUR auf 7,7 Mio. EUR.

Das Bewertungsergebnis liegt mit +337,4 TEUR deutlich über dem Vorjahreswert (2020 -453,6 TEUR). Diese Veränderung resultiert hauptsächlich aus der Bewertung unserer Eigenanlagen, die im Vorjahr stärker unter dem Einfluss der Corona-Pandemie standen, sowie der Dotierung der Vorsorgereserven nach § 340f HGB in Höhe von 72,0 TEUR (Vorjahr 500,0 TEUR).

Durch die Einstellung von 5,6 Mio. EUR in den Fonds für allgemeine Bankrisiken erfolgt eine weitere Stärkung des Kernkapitals im Hinblick auf die zukünftigen Eigenmittelanforderungen für Kreditinstitute. Der Steueraufwand resultiert aus dem Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit. Aus dem Jahresüberschuss sehen wir die satzungsgemäße Dotierung der Rücklagen, die Dividendenzahlung in Höhe von 2,0 Prozent und eine Bonuszahlung in Höhe von 0,5 Prozent vor.

b) Finanzlage

Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur ist maßgeblich durch die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (733,0 Mio. EUR) gekennzeichnet, die einen Anteil von 83,3 Prozent der Passiva aufweisen. Das Volumen der bei Kreditinstituten aufgenommenen Finanzierungsmittel beträgt 43,6 Mio. EUR bzw. 5,0 Prozent der Bilanzsumme.

Investitionen

Im Geschäftsjahr nahmen wir turnusmäßig Modernisierungen und Instandhaltungsmaßnahmen in unseren Geschäftsstellen vor. Die Umbau- und Renovierungsmaßnahmen fanden hauptsächlich in der Hauptstelle in Greifswald statt. So wurde der SB-Bereich sowie die Schalterhalle verändert, Maler- und Fußbodenlegearbeiten sowie Elektroarbeiten ausgeführt. Weiterhin wurden Umbaumaßnahmen an den Sicherheitsanlagen im Filialnetz vorgenommen. Außerdem wurden in den Geschäftsstellen neue einheitliche Einzahltresore installiert. Neben der turnusmäßigen Erneuerung von Computertechnik entstanden in diesem Jahr zusätzliche Aufwendungen für den Austausch von 4 Geldausgabeautomaten durch neue Geräte. Insgesamt wurden im Geschäftsjahr für Investitionen 860,7 TEUR aufgewandt, davon für Betriebs- und Geschäftsausstattung 612,6 TEUR. Zur Unterhaltung des betriebsbedingten Sachanlagevermögens wurden Instandhaltungsaufwendungen in Höhe von 636,6 TEUR getätigt, weitere 53,0 TEUR für die Unterhaltung des bankfremden Sachanlagevermögens, das ganz überwiegend aus vermieteten Wohnungen besteht.

Liquidität

Die Geschäfts- und Refinanzierungsstruktur der Bank ist maßgeblich geprägt durch das Kundengeschäft als Basis der Liquiditätsausstattung. Die Zahlungsfähigkeit unseres Instituts war im abgelaufenen Geschäftsjahr nach Art, Höhe und Fristigkeit jederzeit gegeben.

Bei Liquiditätsschwankungen kann die Bank auf hochliquide Aktiva und ausreichende Liquiditätsreserven auch in Form von Bankguthaben zurückgreifen. Durch die Einbindung in die genossenschaftliche Finanzgruppe und die Refinanzierungsfazilitäten der EZB bestehen weitere Refinanzierungsmöglichkeiten.

Vor diesem Hintergrund ist die Fähigkeit der Kreditgenossenschaft zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen jederzeit gesichert.

Außerplanmäßige Liquiditätsbelastungen aus außerbilanziellen Verpflichtungen haben sich nicht ergeben.

c) Vermögenslage

Die Eigenkapitalstruktur der Bank ist geprägt von Geschäftsguthaben der Mitglieder, erwirtschafteten Rücklagen und dem Fonds für allgemeine Bankrisiken. Im Geschäftsjahr wurde das Eigenkapital durch Zuführung zu den Rücklagen und zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gestärkt. Der Anteil des bilanziellen Eigenkapitals an der Bilanzsumme erhöhte sich im Vorjahresvergleich von 90,7 Mio. EUR auf 97,9 Mio. EUR.

Die in unserem Institut getroffenen Vorkehrungen zur ordnungsgemäßen Ermittlung des Kernkapitals und des Ergänzungskapitals im Rahmen der bankaufsichtlichen Meldungen sind angemessen. Nach den vertraglichen sowie satzungsmäßigen Regelungen erfüllen die angesetzten Kapitalinstrumente die Anforderungen der CRR zur Anrechnung als aufsichtsrechtlich anerkanntes Kern- und Ergänzungskapital.

Die relevanten Vorgaben des KWG sowie der CRR wurden im Geschäftsjahr eingehalten.

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Absatz 1 Satz 4 KWG beläuft sich auf 0,06 Prozent.

Das bilanzielle Eigenkapital sowie die Eigenmittelausstattung und Kapitalquoten stellen sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr	2020	Veränderung zu 2020	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Eigenkapital laut Bilanz ¹⁾	97.880	90.679	7.201	7,9
Eigenmittel (Artikel 72 CRR)	99.113	93.755	5.358	5,7
Harte Kernkapitalquote	14,9 %	14,6 %		
Kernkapitalquote	14,9 %	14,6 %		
Gesamtkapitalquote	16,1 %	16,1 %		

¹⁾ Hierzu rechnen die Passivposten 11 (Fonds für allgemeine Bankrisiken) und 12 (Eigenkapital).

Die Wertpapieranlagen der Genossenschaft entwickelten sich wie folgt:

Wertpapieranlagen	Berichtsjahr	2020	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Anlagevermögen	318.090	298.746	19.344	6,5
Liquiditätsreserve	126.963	144.869	-17.906	-12,4

Unsere Wertpapieranlagen erhöhten sich zum Bilanzstichtag auf insgesamt 445,1 Mio. EUR, was einem Anteil von 50,6 Prozent der Bilanzsumme entspricht. Im Wertpapierbestand werden Wertpapiere und Fondsanlagen mit einem Buchwert von 318,1 Mio. EUR als Anlagevermögen bilanziert. Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr um 19,3 Mio. EUR resultiert insbesondere aus der Wiederanlage von Ausschüttungen im VR-Dachfonds Nr. 1 sowie aus Zukäufen und Kapitalabrufen aus eingegangenen Zeichnungsverpflichtungen für verschiedene Fondsanlagen von Kapitalverwaltungsgesellschaften.

In Anbetracht des anhaltenden Niedrigzinsniveaus wurde bei den Anlagen auf eine Ausgewogenheit zwischen Bonität, Rentabilität und Liquidität geachtet.

5. Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Unsere Bank versteht sich als mittelständisches Unternehmen aus der Region für die Region mit Fokus auf das Privatkundengeschäft und den gewerblichen Mittelstand.

Sie verfügt über eine den aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechende Vermögenslage. Aus dem Ergebnis des abgelaufenen Geschäftsjahres nehmen wir eine der Kapitalplanung und den strategischen Anforderungen entsprechende weitere Eigenkapitaldotierung vor. Die Eigenmittelausstattung der Bank übersteigt zum Geschäftsjahresende die von der Aufsicht geforderte Gesamtkapitalquote. Die Finanz- und Liquiditätslage unserer Bank entspricht ebenfalls den aufsichtsrechtlichen und betrieblichen Erfordernissen. Für erkennbare und latente Risiken in den Kundenforderungen wurden Wertberichtigungen gebildet und dem allgemeinen Kreditrisiko ist durch Abzug einer Pauschalwertberichtigung Rechnung getragen worden.

Für die Planung und Beurteilung der Ertragslage stellt die Bank vorrangig auf das Betriebsergebnis vor Bewertung im betriebswirtschaftlichen Sinn ab. Mit dem erreichten BE vor Bewertung von 7,7 Mio. EUR wurde eine zufriedenstellende Ertragslage erreicht.

Im Geschäftsjahr konnten die Vertriebsziele sowohl im Privatkundengeschäft als auch im Geschäft mit unseren gewerblichen Kunden erreicht und teilweise überschritten werden. Anlagesuchende Kundengelder werden seit Jahren bevorzugt in die genossenschaftliche FinanzGruppe vermittelt. Das gesamte Kundenwertvolumen erreichte zum Jahresultimo 2021 einen Stand von 1.923,6 Mio. EUR und wuchs damit gegenüber dem Vorjahr um 176,4 Mio. EUR oder 10,1 Prozent an.

C. Risiko- und Chancenbericht

Risikomanagementsystem und -prozess

Unsere Geschäfts- und Risikostrategie basiert auf einem Strategieprozess und ist ausgerichtet auf das Kundengeschäft mit Mitgliedern und Kunden aus unserer Region. Wesentliche Bestandteile der Geschäftsstrategie sind die aus der Risikotragfähigkeit der Bank abgeleiteten Teilstrategien für die wesentlichen Geschäftsaktivitäten.

Konsistent zu unserer Geschäfts- und Risikostrategie wurde eine Unternehmensplanung entwickelt, die eine langfristige und umfassende Begleitung unserer Mitglieder und Kunden im Hinblick auf Finanzierungswünsche, Vermögensanlagen und Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr sicherstellt.

Mit Hilfe einer strategischen Eckwert- und Kapitalplanung für einen Zeitraum von 5 Jahren steuern wir die Entwicklung unseres Instituts. Die Annahmen für die Markt- und Volumenentwicklungen erfolgen hierbei durch Experten auf Basis von Marktprognosen. Die abgeleiteten Ertrags- und Vermögenswirkungen werden anhand von Simulationsrechnungen mit Unterstützung der Steuerungssoftware VR-Control ermittelt.

Die Geschäfts- und Risikostrategie sowie die Teilstrategien werden im Rahmen des von uns festgelegten Strategieprozesses regelmäßig überprüft. Das von der Bank verwendete Strategiemodell zeigt den organisatorischen Rahmen für die Strategie(über)prüfung und für die Vernetzung der strategischen und operativen Gesamtbanksteuerung auf.

Aufgabe der Risikosteuerung ist dabei nicht die vollständige Risikovermeidung, sondern eine zielkonforme und systematische Risikohandhabung auf Basis der zur Verfügung stehenden Risikotragfähigkeit. Das Management der Risiken verstehen wir als zentrale Aufgabe und an dem Grundsatz ausgerichtet, die mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken zu identifizieren, zu beurteilen, zu steuern und zu überwachen sowie negative Abweichungen von der Erfolgs-, Kapital- und Liquiditätsplanung zu vermeiden.

Wir haben ein System zur Früherkennung von Risiken implementiert. Vor dem Hintergrund wachsender Komplexität der Märkte im Bankgeschäft sehen wir dies als eine zentrale Aufgabe an. Die zuständigen Organisationseinheiten berichten unmittelbar an den Vorstand. In diesem Rahmen sind ein Risikocontrolling und Managementsystem mit entsprechenden Instrumenten eingerichtet, um bei Bedarf gegensteuernde Maßnahmen einleiten zu können.

Die Unternehmensleitung trägt für das Risikomanagement die Gesamtverantwortung. Dabei wird sie durch den Bereich Unternehmensteuerung bei risikopolitischen Fragen, insbesondere bei der Entwicklung und Umsetzung der Geschäfts- und Risikostrategie sowie bei der Ausgestaltung eines Systems zum Controlling und Management von Risiken, unterstützt. Die Leitung der Risikocontrolling-Funktion im Sinne der MaRisk wurde dem Vorstand Produktion und Steuerung übertragen.

Unsere Entscheidungsträger werden durch das interne Berichtssystem über die Geschäfts- und Risikoentwicklung frühzeitig informiert, um Maßnahmen zur Gegensteuerung ergreifen zu können.

Ziel des Risikomanagements unserer Bank ist es, Risiken, die den Erfolg wesentlich beeinflussen oder gar den Fortbestand gefährden können, frühzeitig zu erkennen sowie umfassend zu messen, zu überwachen und zu steuern. Integraler Bestandteil ist dabei die fortlaufende Sicherstellung der Risikotragfähigkeit.

Unser Risikotragfähigkeitskonzept orientiert sich dabei am Going-Concern-Ansatz alter Prägung gemäß dem Leitfaden zur aufsichtlichen Beurteilung bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte (gemäß Annex) und basiert auf einer GuV-/bilanzorientierten Ableitung des Risikodeckungspotenzials aus der Geschäftsstrategie und dem Kapitalplanungsprozess. Das Risikodeckungspotenzial wird monatlich aus Substanzwerten und dem Ergebnis für das aktuelle und das Folgejahr ermittelt, wobei der geringere Wert von beiden in Ansatz kommt. Ergänzend zur GuV-orientierten Steuerung werden auch barwertnahe Steuerungsansätze simuliert.

Zum Zwecke der Risikoberichterstattung sind feste Kommunikationswege und Informationsempfänger bestimmt. Die für die Risikosteuerung relevanten Daten werden vom Bereich Unternehmenssteuerung zu einem internen Berichtswesen aufbereitet und verdichtet. Die Informationsweitergabe erfolgt dabei sowohl im Rahmen einer regelmäßigen als auch in Form einer anlassbezogenen Risikoberichterstattung.

Das regelmäßige Berichtswesen umfasst unter anderem die Risikotragfähigkeitsberechnung, Informationen zur Limitauslastung sowie Detailansichten zu den wesentlichen Risiken und bildet die Basis für Abweichungsanalysen (Soll-Ist-Vergleiche). Es dient als Grundlage für die Ableitung und Bewertung von Handlungsalternativen sowie für die Entscheidung und Umsetzung von Maßnahmen zur Risikosteuerung.

Die Offenlegung der Risikomanagementziele und -politik entsprechen den Anforderungen des Artikels 435 CRR und werden mit den Strategien dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gegeben und mit diesem erörtert.

Die Bank überprüft die Risikoüberwachung regelmäßig, insbesondere mit Blick auf aufsichtsrechtliche Rahmenbedingungen und das Geschäftsmodell, um die Qualität der verfügbaren Informationen zur Erkennung und Bewertung potenzieller Risiken auf hohem Niveau zu halten. Hierdurch werden Entscheidungsprozesse risikoorientiert unterstützt. Die Interne Revision überwacht die Methoden, Systeme und Prozesse zum Risikomanagement im Rahmen ihrer laufenden Prüfungshandlungen.

Die eingerichteten Systeme und Verfahren des Risikomanagements sind dem Profil und der Geschäfts- und Risikostrategie der Bank sowie ihrer Größe angemessen und entsprechen den Anforderungen der MaRisk.

Risiken

Für unsere Risikobeurteilung zum Abschlussstichtag legen wir konsistent zum Prognosezeitraum einen Zeitraum von einem Jahr zugrunde, in dem auch das Vorliegen von bestandsgefährdenden Risiken beurteilt wird.

Bestandsgefährdende Risiken (wesentliche Risiken mit hohen Auswirkungen) liegen für den hier zugrunde gelegten Beurteilungszeitraum von einem Jahr nicht vor.

Mindestens jährlich wird eine ganzheitliche Risikoinventur durchgeführt. Dabei wird auch explizit überprüft, ob neue oder andersartige Risiken bzw. Risikokonzentrationen aufgetreten sind. Als wesentliche Risiken werden diejenigen Risiken eingestuft, die aufgrund von Art und Umfang, eventuell auch durch deren Zusammenwirken, die Ertrags-, Liquiditäts- und Vermögenslage wesentlich beeinträchtigen können. In der Vermögenslage stellen wir die Risikowerte der einzelnen Risikoklassen gegen den Schwellenwert von 10 Prozent des verfügbaren ökonomischen Risikodeckungspotenzials. Übersteigt der Risikowert den Schwellenwert, beurteilen wir die Risikoklasse für die Vermögenslage als wesentlich. Als Risikowerte in der Vermögenslage werden grundsätzlich Value at Risk-Werte verwendet. Liegt kein Risikowert vor, da bspw. kein Risikomodell vorhanden ist, weichen wir auf Szenariobetrachtungen mit Abschlägen aus. In der Ertragslage betrachten wir, soweit es für die einzelne Risikoklasse sinnvoll erscheint, Auswirkungen auf die GuV aus Bewertungsänderungen und Ertragsänderungen. Die Summe dieser möglichen Änderungen stellen wir gegen den Schwellenwert von 15 Prozent des durchschnittlichen Betriebsergebnisses vor Bewertung für die Geschäftsjahre 2021 - 2023. Wird dieser überstiegen, beurteilen wir diese Risikoklasse in der Ertragslage als wesentlich. In der Liquiditätslage betrachten wir die Risikowerte, wie sie in der Vermögenslage hergeleitet werden und stellen diese gegen den Schwellenwert aus der Liquiditätslage, der 5 Prozent des Liquiditätsdeckungspotenzials zum Ambitionsniveau aus dem kombinierten Stresstest beträgt. Wird dieser überstiegen, beurteilen wir diese Risikoklasse in der Liquiditätslage als wesentlich.

Adressenausfallrisiko

Das Adressenausfallrisiko beschreibt die Gefahr, dass Verluste oder entgangene Gewinne aufgrund des Ausfalls von Geschäftspartnern, der Migration und/oder der Spreadveränderung über das erwartete Maß hinaus entstehen. Es umfasst das Ausfall-, Migrations-, Spread- und Sicherheitenrisiko sowie Länderrisiko.

Das Adressenausfallrisiko stufen wir als aufsichtsrechtlich wesentlich und betriebswirtschaftlich hoch ein.

Zur Steuerung des Adressenausfallrisikos setzen wir im Kundengeschäft Ratingsysteme zur Beurteilung der Bonität einzelner Engagements ein (im wesentlichen VR-Rating). Mit Hilfe der Steuerungssoftware VR-Control können wir ungünstige Entwicklungen im Kreditportfolio rechtzeitig identifizieren und frühzeitige Maßnahmen einleiten.

Die Bank ermittelt monatlich mit Hilfe des Moduls Kreditportfoliomodell für Kundengeschäfte (KPM-KG) unter VR-Control einen erwarteten und einen unerwarteten Verlust (Credit-Value-at-Risk) aus dem Kundenkreditgeschäft. Die Berechnung erfolgt in einem mehrstufigen Verfahren, dem sowohl die aggregierten Blankoanteile in den Risikoklassen bzw. -gruppen des Forderungsbestandes als auch Ausfallwahrscheinlichkeiten und Branchenparameter zugrunde liegen.

Das Adressenausfallrisiko bei Eigenanlagen ermitteln wir im Rahmen der Risikotragfähigkeitskonzeption monatlich für Papiere im Direktbestand mit Hilfe des Kreditportfoliomodells für Eigengeschäfte (KPM-EG). Die Berechnungen basieren auf verschiedenen Marktpartnersegmenten, die differenzierte Spread- und Ratingmigrationen, Spreadverteilungen sowie Migrationsmatrizen aufweisen.

Die Adressenausfallrisiken aus den wesentlichen Fondsbeständen werden monatlich mit Hilfe von VaR-Kennziffern ermittelt, die die Kapitalverwaltungsgesellschaften zur Verfügung stellen.

Turbulenzen an den Finanzmärkten begegnen wir durch eine breite Streuung der Eigenanlagen, Diversifikation in viele Anlageklassen und Beschränkung auf gute Bonitäten.

Die mittels Risikoszenario ermittelten Standardrisiken im Kundenkreditgeschäft auf der Basis eines Konfidenzniveaus von 99,0 Prozent mit einem rollierenden Betrachtungshorizont von 12 Monaten lagen am Jahresultimo bei 2,1 Mio. EUR. Dies entspricht einer Limitauslastung von 70,5 Prozent.

Im Eigengeschäft wurden Risiken von 11,0 Mio. EUR ermittelt, was einer Limitauslastung von 56,6 Prozent entspricht.

Im Adressenausfallrisiko sind Risikokonzentrationen in den Betrachtungsperspektiven Branchen, Größenklassen, Ausfallraten, Sicherheitenarten und Länder vorhanden. Zur Überwachung der potenziellen und der identifizierten Risikokonzentrationen bestehen im Kundenkreditgeschäft sowie bei den Eigenanlagen Strukturlimitsysteme.

Risikokonzentrationen, die aus dem strategischen Verbundgedanken und den Gegebenheiten des Regionalprinzips resultieren bzw. die sich aus der strategischen Ausrichtung der Bank ergeben, werden bewusst toleriert und in geeignetem Maße überwacht.

Für notleidende Forderungen werden Einzelwertberichtigungen bzw. Drohverlustrückstellungen gebildet. Uneinbringliche Forderungen werden abgeschrieben. Dem allgemeinen Kreditrisiko wird durch Abzug einer den steuerlichen Richtlinien entsprechenden Pauschalwertberichtigung Rechnung getragen. Die Bewertung der Kreditengagements und gegebenenfalls die Festlegung einer Risikovorsorge erfolgen in Übereinstimmung mit den handelsrechtlichen Vorschriften.

Als zentrales Kriterium für die Prüfung der akuten Ausfallrisiken wird die Nachhaltigkeit der Kapitaldienstfähigkeit herangezogen. Die Bank prüft die Bildung von Risikovorsorge bei Vorliegen von Frühwarnsignalen und Ausfallkriterien. Risikovorsorge bilden wir grundsätzlich in voller Höhe des unbesicherten Kreditanteils (Blankoanteil).

Marktpreisrisiken

Das Marktpreisrisiko umfasst das Risiko aus nachteiligen Veränderungen von Marktpreisen oder Marktparametern (Zinsstrukturkurve, Aktienkurse, Devisenkurse), in deren Folge sich Abweichungen vom geplanten Ergebnis ergeben. Dabei wird ausschließlich auf die Erfolgswirkung abgestellt.

Im Rahmen des Risikomanagements wird das Marktpreisrisiko unterschieden in Zinsspannenrisiken und Kurswertrisiken.

Das Marktpreisrisiko stuft die Bank anhand der Risikoinventur als aufsichtsrechtlich wesentlich und betriebswirtschaftlich hoch ein.

Im Rahmen der GuV-orientierten Steuerung des Zinsspannenrisikos werden monatlich die Veränderung des Zinsergebnisses rollierend für 12 Monate unter Berücksichtigung verschiedener Zinsszenarien simuliert. Grundlage der Berechnung sind eigene statistisch ermittelte Zinselastizitäten bei konstanter Geschäftsstruktur. Die Ermittlung erfolgt mit Hilfe des Moduls ZINSMANAGEMENT unter VR-Control.

Für die Risiko- und Stressmessung nutzt die Bank die von der parclT GmbH zur Verfügung gestellten VR-Zinsszenarien. Diese beschreiben in vier Szenarioklassen die Bewegungsmuster der Zinsstruktur:

- „Steigende Zinsstruktur“,
- „Fallende Zinsstruktur“,
- „Drehung - kurzes Zinsende steigend, langes Zinsende fallend“ und
- „Drehung - kurzes Zinsende fallend, langes Zinsende steigend“.

Auf Basis der vorgenannten Zinsszenarien werden zur Quantifizierung des Zinsspannenrisikos Simulationsrechnungen vorgenommen.

Zur Simulation von Kursänderungsrisiken bei verzinslichen Wertpapieren nutzt die Bank die vorgenannten Veränderungen der Zinsstrukturkurve. Die Ermittlung erfolgt mit Hilfe des Moduls ZIABRIS unter VR-Control.

Beim Zinsspannenrisiko sowie bei den Kursänderungsrisiken bei festverzinslichen Wertpapieren kommt für die Auslastung im Risikoszenario das Szenario mit der insgesamt höchsten negativen Abweichung zum Planszenario „konstante Zinsen“ zum Ansatz.

Mit einem rollierenden Betrachtungshorizont von 12 Monaten werden aktuell die höchsten Risiken im Szenario „steigende Zinsen“ mit einem Marktpreisrisiko in Höhe von 2,9 Mio. EUR ermittelt, was einer Limitauslastung von 82,9 Prozent entspricht.

Das Marktpreisrisiko für Zinsen, Aktien, Immobilien und Währungen aus den Anlagen in Fonds wird über VaR-Kennziffern ermittelt, die durch die Kapitalverwaltungsgesellschaften zur Verfügung gestellt werden. Über die Beseitigung der im Rahmen von Sonderprüfungen durch die Finanzaufsicht ermittelten Mängel bei Union Investment wurde zeitnah an Vorstand und Aufsichtsrat berichtet.

Das Risiko belief sich auf den 31. Dezember 2021 auf 2,5 Mio. EUR, was einer Limitauslastung von 26,4 Prozent entspricht.

Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken können grundsätzlich in der Form des Zahlungsunfähigkeitsrisikos, des Refinanzierungsrisikos und des Marktliquiditätsrisikos auftreten.

Zahlungsunfähigkeitsrisiken treten ein, wenn Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht oder nicht in ausreichender Höhe erfüllt werden können. Refinanzierungsrisiken entstehen, wenn die Liquidität nicht zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann oder die Refinanzierungsmittel nicht im erforderlichen Umfang zur Verfügung stehen. Marktliquiditätsrisiken treten ein, wenn Anlagen nicht zum gewünschten Zeitpunkt oder in der geplanten Höhe liquidiert werden können.

Liquiditätsablaufbilanzen dienen als Frühwarnindikator für eine mögliche Zahlungsunfähigkeit und stellen dabei insbesondere den Überlebenshorizont dar. Stresstests führen wir anhand institutseigener, marktweiter und kombinierter Szenarien für Liquiditätsrisiken durch. Durch die Anrechnung auf die Liquiditätspuffer wird auf dieser Grundlage der Überlebenshorizont ermittelt. Dabei werden auch adverse Entwicklungen außerhalb unseres Erwartungshorizontes reflektiert.

Das Liquiditätsrisiko wird anhand der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennzahl Liquidity Coverage Ratio (kurz: LCR) überwacht. Unsere Risikotoleranz haben wir über die Festlegung einer Ziel-LCR-Quote von 150 Prozent definiert.

Zur Begrenzung von Abruftrisiken sind Strukturlimite insbesondere für das Einlagengeschäft implementiert.

Die Anrechnung der Liquiditätsrisiken erfolgt im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes der Bank durch ein vereinfachtes Verfahren, mit dem ein unerwarteter Abzug von Kundeneinlagen simuliert wird (Refinanzierungsrisiko). Die Refinanzierung hierfür erfolgt durch eine Geldaufnahme bei der genossenschaftlichen Zentralbank. Aufgrund der Gegebenheiten am Geld- und Kapitalmarkt sowie der Liquiditätsausstattung fällt zum 31. Dezember 2021 nur ein geringer zusätzlicher Refinanzierungsaufwand in Höhe von 19 TEUR an.

Die Bank erachtet das Liquiditätsrisiko insgesamt als wesentlich im Sinne des Aufsichtsrechts und als betriebswirtschaftlich geringes Risiko

Operationelle Risiken

Unter operationellen Risiken verstehen wir die Gefahr von Verlusten und Risiken, die durch Prozess- und Kontrollschwächen, technisches und/oder menschliches Versagen, Katastrophen oder durch sonstige externe Einflüsse hervorgerufen werden. Diese Definition schließt Rechtsrisiken und dolose Handlungen mit ein. Vermögensschäden rechnen wir nur dann den operationellen Risiken zu, wenn der eingetretene Schaden eindeutig und ausschließlich auf das Versagen von internen Verfahren, Menschen oder Systemen zurückzuführen ist. Die im Zusammenhang mit Adress- und Marktpreisrisiken auftretenden operationellen Risiken werden implizit bei diesen Risikoarten abgebildet.

Die Bank hat eine einheitliche Festlegung und Abgrenzung der operationellen Risiken zu den anderen betrachteten Risikokategorien vorgenommen und diese in den Organisationsrichtlinien fixiert und kommuniziert.

Wesentliche operationelle Risiken werden jährlich identifiziert und analysiert. Hierzu wird auf eine Schadensfalldatenbank zurückgegriffen, in die eingetretene Schäden eingestellt werden.

Das IT-Risiko stellt ein spezielles operationelles Risiko dar. Hier betrachten wir insbesondere die Teilbereiche "Zentrales Rechenzentrum" und "IT-Risiken Bank". Über die IT-Risiken, die das Rechenzentrum betreffen, erhalten wir regelmäßige Berichte vom IT-Dienstleister einschließlich Darstellung der eingeleiteten Maßnahmen bei Problemen. Über die Beseitigung der im Rahmen von Sonderprüfungen durch die Finanzaufsicht ermittelten Mängel beim IT-Dienstleister wurde zeitnah an Vorstand und Aufsichtsrat berichtet. Die vereinbarte Meilensteinplanung wurde eingehalten.

Für alle wesentlichen Schadensereignisse in Bezug auf bankinterne IT-Risiken besteht ein umfassender Versicherungsschutz. Betriebliche Notfallplanungen wurden insbesondere auf die Anforderungen aus dem IT-Bereich abgestimmt.

Rechtlichen Risiken begegnen wir durch die Verwendung der im Verbund entwickelten Formulare. Bei Rechtsstreitigkeiten binden wir rechtzeitig die Rechtsabteilung des Verbandes sowie gegebenenfalls Rechtsanwaltskanzleien zur Klärung von strittigen Angelegenheiten ein.

Anhand der Risikoinventur stufen wir das operationelle Risiko als aufsichtsrechtlich wesentlich und betriebswirtschaftlich gering ein.

Aufsichtsrechtlich unterlegen wir die operationellen Risiken auf der Grundlage des Basisindikatoransatzes mit Eigenkapital. Für den Ansatz operationeller Risiken im Limitsystem wird ein Erwartungswert ermittelt, der sich aus einer Eintrittswahrscheinlichkeit und einer potenziellen Schadenshöhe für die zuvor in einem Self-Assessment ermittelten Risiken ergibt. Zum 31. Dezember 2021 beliefen sich die Risiken auf 0,5 Mio. EUR.

Sonstige Risiken

Unter dieser Kategorie analysieren wir alle nicht bankspezifischen Risiken. Besondere Aufmerksamkeit widmen wir dem Vertriebsrisiko, dem Reputationsrisiko, den strategischen Risiken, den Produktivitäts- und Sachwertrisiken, dem Immobilienrisiko sowie den Pensionsrisiken und dem Modellrisiko. Die Wesentlichkeit dieser Risiken überprüfen wir regelmäßig und anlassbezogen. Aktuell stufen wir alle sonstigen Risiken als unwesentlich ein.

Gesamtbild der Risikolage

Auf Grundlage unserer Verfahren des Risikomanagements zur Ermittlung der Risiken sowie des Risikodeckungspotenzials ist die Risikotragfähigkeit unter den von uns definierten Risikoszenarien gegeben.

Bestandsgefährdende Risiken sind aufgrund der Zugehörigkeit zur kreditgenossenschaftlichen Sicherungseinrichtung nicht erkennbar.

Nach dem derzeitigen Planungsstand ist die Risikotragfähigkeit angesichts der laufenden Ertragskraft und der Vermögens-/Substanzsituation des Instituts auch im Berichtszeitraum 2022 gegeben. Die dargestellten Risiken werden die künftige Entwicklung unserer Bank nicht wesentlich beeinträchtigen.

Die Risikoaggregation erfolgt ohne Berücksichtigung von Korrelationen zwischen den einzelnen Risikoarten additiv.

Das Risikobudget bewegte sich im Geschäftsjahr im geplanten Rahmen und beträgt aktuell 40,7 Mio. EUR. Die Auslastung beträgt zum Bilanzstichtag 47,0 Prozent.

Zum Stichtag 31.12.2021 betragen die aufsichtlichen Risikopositionen 614,3 Mio. EUR. Zu ihrer Unterlegung standen Eigenmittel in Höhe von 99,1 Mio. EUR zur Verfügung. Die zum Jahresultimo 2021 einzuhaltende Untergrenze der Gesamtkapitalquote von 10,5 Prozent bzw. die gesamte regulatorische Kapitalanforderung inklusive Eigenmittelzielkennziffer von 12,7 Prozent wurde mit einer Gesamtkapitalquote von 16,1 Prozent zum Jahresultimo 2021 eingehalten.

Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf das Risikomanagement

Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine ist die Volatilität an den Kapitalmärkten deutlich angestiegen. Die internationale Staatengemeinschaft hat ein Sanktionspaket in Kraft gesetzt, dessen Auswirkungen aktuell noch nicht abschließend einzuschätzen sind. Die zunehmende Isolierung Russlands sowie aktuelle Marktentwicklungen (Rohstoffe, Finanzen) zeigen, dass sich der gesamtwirtschaftliche Ausblick für 2022 eintrüben wird und daraus Risiken für die Volksbank Vorpommern eG resultieren können.

Die Krisensituation rechtfertigt nach unserer Einschätzung in der aktuellen Ausprägung keine Feststellung einer Stressphase, da es sich bislang um einen regional begrenzten Konflikt handelt, dessen Auswirkungen auf unsere Bank sich bisher vorrangig über den Geld- und Kapitalmarkt zeigen, sich aber perspektivisch auch im Kundenkreditgeschäft belastend auswirken können. Eine ganzheitliche Beeinträchtigung grundlegender volkswirtschaftlicher Mechanismen können wir bis dato aber nicht erkennen.

Die Volksbank Vorpommern eG ist zum Stichtag 28.02.2022 im Kundengeschäft nur mit Einlagen in Höhe von 16,5 T€ vom Russland-Ukraine-Konflikt betroffen. Im Bereich der Eigenanlagen beläuft sich das direkt betroffene Volumen auf 1.703,4 T€. Ein Ausfall dieser Werte würde zum größten Teil vorhandene Reserven reduzieren und darüber hinaus das Ergebnis der Bank mit bis zu 500,0 T€ belasten. Die aufsichtlichen Anforderungen (Kapitalquoten, LCR etc.) sind in diesem Szenario weiterhin erfüllt.

D. Prognosebericht

Nach unserer jetzigen Prognose für 2022 gehen wir von folgender Entwicklung aus:

Für das Geschäftsjahr 2022 erwarten wir in unserem Geschäftsgebiet keine wesentlichen Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Das geschäftliche Umfeld und die Entwicklung unserer Bank wird danach von einem starken Wettbewerb, den wachsenden Erwartungen unserer Mitglieder und Kunden an Produkt- und Beratungsqualität, den steigenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen und dem anhaltenden Niedrigzinsniveau an den Geld- und Kapitalmärkten geprägt.

Nach unserer Gesamtbankplanung rechnen wir für 2022 mit einem Kreditwachstum von 15,0 Mio. EUR. Dieses Volumen soll durch Kundeneinlagen finanziert werden, deren Mittelzufluss mit 26,5 Mio. EUR geplant wird.

Unter Berücksichtigung der Wachstumsannahmen rechnen wir bei einem konstanten Zinsniveau mit einer Verringerung des Zinsergebnisses auf 13,6 Mio. EUR. Insbesondere bei der Wiederanlage fälliger Wertpapiere wird das Zinsergebnis vom jeweiligen Zinsniveau beeinflusst. Beim Provisionsüberschuss erwarten wir konstante Erträge und planen auf Vorjahresniveau mit einer Höhe von 7,4 Mio. EUR.

Für das Jahr 2022 planen wir mit einer Steigerung der Personalkosten auf 8,8 Mio. EUR. Bei den anderen Verwaltungsaufwendungen planen wir mit einer leichten Steigerung und weisen eine Planzahl in Höhe von 5,9 Mio. EUR aus.

Im Bewertungsergebnis Kredit wurde in Anbetracht der zu erwartenden Auswirkungen aus der COVID-19-Pandemie mit einem steigenden Verlust gerechnet. Dieser wurde anhand des expected loss bei einer Ratingverschlechterung aller Kunden um eine Ratingklasse abgeleitet. Die Risikodiversifikation unseres Wertpapierbestandes hat für unsere Bank eine hohe Relevanz. Unserem Fondsbuch, bestehend aus einem Spezialfonds und institutionellen Publikumsfonds, kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu. Aufgrund von eingegangenen Zeichnungsverpflichtungen wird sich besonders der Bestand unserer Immobilienfonds sukzessive erhöhen. Der Steuerung von Emittenten- und Länderrisiken werden wir weiterhin hohe Aufmerksamkeit schenken. Für das Jahr 2022 erwarten wir insgesamt beim Kredit- und Wertpapiergeschäft keine gravierende Änderung der aktuellen Niedrigzinspolitik und rechnen daher mit einem negativen Bewertungsergebnis in Höhe von 0,7 Mio. EUR.

Für das Jahr 2022 ist ein Betriebsergebnis vor Bewertung in Höhe von 5,8 Mio. EUR geplant. Für die Relation des Betriebsergebnisses vor Bewertung zur durchschnittlichen Bilanzsumme rechnen wir für 2022 mit einem Wert von 0,65 Prozent.

Mit unserer Planung für das folgende Geschäftsjahr werden wir die aufsichtsrechtlichen Anforderungen erfüllen und die Risikotragfähigkeit wird ebenfalls gegeben sein. Nach unserer Unternehmensplanung ist von einer Einhaltung der Kapitalquote bei dem erwarteten Geschäftsvolumenzuwachs auch im Jahr 2022 auszugehen. Mit der für 2022 geplanten geschäftlichen Entwicklung und der geplanten Ergebniserwartung wird die aufsichtsrechtliche Gesamtkapitalquote leicht auf 16,7 Prozent steigen.

In Anbetracht der derzeit vorhandenen Liquiditätsreserven und der Einbindung der Bank in den genossenschaftlichen Liquiditätsverbund ist mit einer Störung der Zahlungsfähigkeit nicht zu rechnen.

Die CIR bildet die operative Ertragskraft der Bank ab, indem sie die ordentlichen Verwaltungsaufwendungen ins Verhältnis zu den ordentlichen Erträgen stellt. Im Jahr 2021 konnten wir einen CIR Wert von 66,5 Prozent erreichen. Für das Jahr 2022 haben wir eine Kennzahl in Höhe von 73,1 Prozent geplant.

Ein Vorgang von besonderer Bedeutung im Sinne des § 285 Nr. 33 HGB ist aus unserer Sicht der aktuelle Russland-Ukraine-Konflikt. Wir gehen davon aus, dass ein länger andauernder Krieg im Osten Europas und insbesondere auch die gegen Russland gerichteten internationalen Sanktionen auf die wirtschaftliche Entwicklung in der EU und vor allem auch in Deutschland belastend wirken. Das Ausmaß dieser Belastungen ist gegenwärtig noch nicht abschließend einzuschätzen, es sind aber bereits deutlich gestiegene Energiepreise und gestörte Lieferketten festzustellen. Mögliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unserer Bank im Geschäftsjahr 2022 werden derzeit analysiert. Wir erwarten durch diesen Krieg keine direkten Kreditausfälle im Kundengeschäft, möglich sind aber Wertpapierabschreibungen, die unsere Ertragslage belasten.

Insgesamt halten wir die Erreichung der operativen Unternehmensziele, die wir für das Geschäftsjahr 2022 geplant haben, auch derzeit noch für erreichbar, eine negative Entwicklung des Bewertungsergebnisses können wir aber nicht ausschließen. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an das Eigenkapital und die Liquidität werden dabei eingehalten

Universitäts- und Hansestadt Greifswald, 28. März 2022

Volksbank Vorpommern eG

Der Vorstand:

Michael Hietkamp

Jens Klingebiel

Ronny Bauch